## S 8 BA 2024/18

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Sonstige Angelegenheiten

Abteilung 10

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 BA 2024/18 Datum 07.05.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 BA 2218/19 Datum 04.02.2020

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Konstanz vom 07.05.2019 wird zurù⁄₄ckgewiesen. Die Klägerin trägt die Kosten des Berufungsverfahrens, mit Ausnahme der auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Beigeladenen, die diese selbst zu tragen haben.

Gründe:

I.

Streitig ist die Nachforderung von BeitrĤgen zur gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung, nach dem Recht der Arbeitslosenversicherung und von Umlagen in Bezug auf die TĤtigkeit der Beigeladenen zu 1 bei der KlĤgerin in der Zeit vom 01.01.2012 bis 30.12.2015.

Die Klägerin betreibt in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung u.a. den Erwerb, die Verwaltung und die Verwertung von bebauten und unbebauten Grundstücken, die Durchführung von BaumaÃ□nahmen, die Planung und Beratung auf dem Gebiet der Stadt- und Bausanierung (§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages, Bl. 185 der Verwaltungsakten im Ordner â□□ VO -). Nach

eigenem VerstĤndnis (Bl. 27 SG-Akte) ist sie ein Unternehmen, das auf den anlageorientierten Immobilienverkauf, sei es zur Altersvorsorge, zum VermĶgensaufbau oder zur Steueroptimierung, spezialisiert ist. Hierzu beobachtet die KlĤgerin den gesamten Immobilien- und Anlagemarkt und betreut ihre Kunden nicht nur in der Zeit bis zum Anlageerwerb, sondern auch danach. Operativ tĤtig sind dabei verschiedene Berater auf selbststĤndiger Basis, darunter auch juristische Personen (vgl. den Internet-Auftritt der KlĤgerin Bl. 167 VO).

Die Beigeladene zu 1 war bis 1996 als Angestellte beschĤftigt. Im August 1996 meldete sie erstmals ein Gewerbe an (zum Inhalt vgl. die Gewerbeanmeldung Bl. 151 VO), das sie im Januar 2002 erneut und in etwas verĤnderter Form als "Veranstaltung von Seminaren, An- und Verkauf von Umweltprodukten, Leitung und Aufbau von Einrichtungen z. ErnĤhrungsberatung, Vertrieb von verpackten Gesundheits- und ErnĤhrungsprodukten, Herausgabe von Broschļren und Informationsmaterial" anmeldete und nochmals im MĤrz 2012 als "BľrotĤtigkeit â∏ Office Management, Verwaltung von Seminaren, Vertrieb von Gesundheits- und Wellnessprodukten, Vermittlung von Versicherungen und BausparvertrĤgen". Mit diesen TĤtigkeiten war die Beigeladene zu 1 auch im streitigen Zeitraum selbststĤndig tĤtig. Die Beigeladene zu 1 verfļgte auch im streitigen Zeitraum ļber eigene BetriebsrĤume mit entsprechender Bļroausstattung (PC und PeripheriegerĤte, Telekommunikationsreinrichtung), einen Laptop und ein Kfz. Seit dem Jahr 2017 fļhrt sie die TĤtigkeiten in der Rechtsform einer Unternehmergesellschaft durch.

Seit Mai 2006 ist die Beigeladene zu 1 auch für die Klägerin im Rahmen deren Býroorganisation als Direktionsassistentin/Býro-Management (vgl. den Internet-Auftritt Bl. 167 f. VO) tÃxtig. Ein umfassender schriftlicher Vertrag wurde zwischen der KlĤgerin und der Beigeladenen zu 1 nicht geschlossen. Mļndlich wurde eine Vergütung nach geleisteten Stunden vereinbart, wobei die Beigeladene zu 1 den Stundensatz der Preisentwicklung anpasste (vgl. Bl. 41 ff. VO). Der Stundensatz betrug anfangs 22,00 EUR, zuletzt im streitigen Zeitraum 25,00 EUR. Die Beigeladene zu 1 erfasste ihren jeweiligen Zeitaufwand monatlich und rechnete die geleisteten Stunden in wechselndem Umfang gegenļber der KlĤgerin ab. Hinsichtlich der Anzahl der geleisteten Stunden und der in Rechnung gestellten Beträge wird auf Bl. 46 ff. VO Bezug genommen. Für die Zeit ab November 2010 wurden anstelle der bisherigen Abrechnung nach tatsÄxchlich aufgewandten Stunden für bestimmte Aufgaben (Mietpreisrecherche, Verkaufspreisrecherche, Umfeld Recherche, Adressrecherche fýr Akquise, Erheben von Statistiken, Vertrieb und Finanzierungen, Exposé, Neuanlage eines Berechnungsprogramms gestaffelt nach Anzahl der Einheiten, Kalkulationstabelle für ein neues Objekt) pauschale StundensÄxtze vereinbart (vgl. Bl. 94 SG-Akte), damit die KlÄxgerin der Kontrolle enthoben war (Bl. 57 Rückseite SG-Akte). Auf diese Art und Weise war die Beigeladene zu 1 für die Klägerin zwischen 61 und 152 Stunden monatlich tätig.

Vorgaben hinsichtlich des Arbeitsortes und der Arbeitszeit bestanden nicht. So arbeitete die Beigeladene zu 1 häufig in ihren eigenen Betriebsräumen, da sie auch von dort Zugriff auf den Server der Klägerin hatte, bei der Klägerin über

eine E-Mail-Adresse und einen â auch von ihren eigenen Rà umlichkeiten aus nutzbaren â Telefonzugang verfà 4gte und deshalb fà 4r die meisten der anfallenden Arbeiten die Geschà uftsrà ume der Klà ugerin nicht aufsuchen musste. Regelmà umlichkeiten statt. Die von der Beigeladenen zu 1 fà 4r die Klà ugerin in deren Rà umlichkeiten statt. Die von der Beigeladenen zu 1 fà 4r die Klà ugerin durchgefà 4rten Schulungsmaà nahmen (zu den Einzelheiten vgl. die Aufstellung Bl. 44 VO) erfolgten ebenfalls in den Rà umlichkeiten der Klà ugerin. Darà 4ber hinaus war die Klà ugerin gelegentlich auch fà 4r sonstige Arbeiten vor Ort bei der Klà ugerin tà ugerin tà ugerin tà ugerin der Klà ugerin, einschlieà lich PC-Ausstattung und nahm gelegentlich den Firmenwagen (z.B. fà 1/4r Fahrten zu einer Miteigentà 1/4 merversammlung im Auftrag des Geschà uftsfà 1/4 hrers der Klà ugerin oder zur Post, vgl. Bl. 57 SG-Akte). Kosten fà 1/4r Fahrten mit dem eigenen Kfz zum Betriebssitz der Klà ugerin wurden nicht erstattet.

Die Beigeladene zu 1 machte für die Klägerin alles, was im Büro anfiel (Bl. 56 Rýckseite SG-Akte), insbesondere allgemeine Schreibarbeiten, Vorbereitung und Erstellung von Kalkulationslisten/ErhebungsbA¶gen, Vorbereiten und Erstellen von Serienbriefen oder E-Mails, Erstellen von allgemeinen Vorlagen, Erstellung und Vorbereitung von Publikationen, Kontrolle von Vorabzügen Printmedien, Erstellen und Kontrolle von Vorlagen für Werbemittel, Vorbereitung und Durchführung von Schulungen, Erstellen von PrÄxsentationen, allgemeine, auch telefonische Kundenbetreuung und -akquise sowie Recherchen aller Art (Bl. 39 VO, Bl. 56 Rückseite SG-Akte). Im Rahmen der ihr ebenfalls übertragenen Direktionsassistenz arbeitete die Beigeladene zu 1 auch dem GeschĤftsfļhrer der KlĤgerin zu und machte für ihn Schreibarbeiten, insbesondere persönliche Anschreiben, Anschreiben an Kunden oder für die Akquise, sowie telefonische Kundenkontakte. Parallel zur KlĤgerin war die Beigeladene zu 1 auch noch fļr verschiedene andere Auftraggeber tÃxtig, überwiegend freiberufliche Berater der Klägerin. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Aufstellung Bl. 45 VO Bezug genommen.

Neben der Beigeladenen zu 1 arbeitete im streitigen Zeitraum im Býro der Klägerin auch eine festangestellte Mitarbeiterin in Teilzeit (16 Stunden die Woche, einmal ganztägig und zwei halbe Tage, Bl. 56 Rýckseite, Bl. 57 SG-Akte).

Nach einer bei der KlĤgerin durchgefļhrten Betriebsprüfung setzte die Beklagte mit Bescheid vom 24.05.2017 auf der Grundlage der von der Beigeladenen zu 1 an die KlĤgerin gestellten Honorarforderungen, getrennt nach den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung, dem Recht der Arbeitslosenversicherung und den jeweiligen Umlagen Beitragsnachforderungen für die Zeit vom 01.01.2012 bis 30.12.2015, insgesamt eine Forderung in Höhe von 50.196,28 EUR fest. Der Widerspruch der Klägerin wurde mit Widerspruchsbescheid vom 04.09.2018 zurückgewiesen.

Das hiergegen am 21.09.2018 angerufene Sozialgericht Konstanz hat nach pers $\tilde{A}$ ¶nlicher Anh $\tilde{A}$ ¶rung des Gesch $\tilde{A}$ ¤ftsf $\tilde{A}$ ½hrers der Kl $\tilde{A}$ ¤gerin und der Beigeladenen zu 1 die Klage mit Urteil vom 07.05.2019 abgewiesen. Zur Begr $\tilde{A}$ ½ndung hat es u.a. ausgef $\tilde{A}$ ½hrt, die Beigeladene zu 1 sei in den

Betriebsablauf der KlĤgerin eingebunden und damit eingegliedert gewesen. Ihre TÃxtigkeit habe aus allgemeinen Schreibarbeiten, Vorbereitung und Erstellen von Kalkulationslisten/ErhebungsbA¶gen, Vorbereiten und Erstellen von Serienbriefen und E-Mails, dem Erfassen, Planen und Optimieren von Büroabläufen, Schulungsarbeiten und Recherchen bestanden. Entsprechend werde die Beigeladene zu 1 von der Klägerin nach auÃ∏en auf der Homepage auch als Direktionsassistenz, d.h. als Chefsekretärin kommuniziert. Ob daneben noch weitere abhängige Beschäftigte mit solchen Aufgaben betraut worden seien, sei irrelevant. Auch das vereinbarte Stundenhonorar deute nicht auf eine selbststĤndige TĤtigkeit hin. Dass die Beigeladene zu 1 nur an einzelnen Tagen am Betriebssitz der KlĤgerin anwesend habe sein müssen, stehe einer Eingliederung nicht entgegen. Sie habe bei der KlĤgerin eine E-Mail-Adresse bekommen und diese genutzt. Gleiches gelte für den Computerserver der KIägerin. Diese Umstände überwögen die für selbstständige Tätigkeit sprechenden Merkmale, die freie Entscheidung über den Ort der Tätigkeit und die Zeit der Arbeitsleistung sowie die gestellten Rechnungen.

Gegen das ihr am 11.06.2019 zugestellte Urteil hat die Klägerin am 08.07.2019 Berufung eingelegt. Sie meint u.a., bei den jeweiligen Tätigkeiten handele es sich um Werkverträge, die jeweils einzeln erteilt worden seien, die Beigeladene zu 1 sei nicht zur persönlichen Leistungserbringung verpflichtet gewesen und sie widerspricht im Ã□brigen den Wertungen des Sozialgerichts. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf die Berufungsbegrýndung Bezug genommen.

Die KlAzgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Konstanz vom 07.05.2019 und den Bescheid vom 24.05.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.09.2018 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie hÃxlt die angefochtenen Entscheidungen fÃxr zutreffend und weist darauf hin, dass die Beigeladene zu 1 mehrere Jahre ununterbrochen fÃxr die KlÃxgerin tÃxtig sei, was gegen jeweilige EinzelauftrÃxge spreche.

Die Beigeladenen stellen keinen Antrag.

Zur weiteren Darstellung des Sachverhaltes und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Prozessakten erster und zweiter Instanz sowie die Verwaltungsakten der Beklagten verwiesen.

II.

Der Senat entscheidet über die nach den <u>§Â§ 143</u>, <u>144</u> des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) zulässige Berufung nach Anhörung der Beteiligten gemäÃ∏ <u>§ 153 Abs. 4 SGG</u> durch Beschluss, weil er die Berufung einstimmig für

unbegründet und eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hÃxlt. Das EinverstÃxndnis der KlÃxgerin ist hierfür â $\square$  anders als für Entscheidungen durch Urteil (vgl. <u>§ 124 Abs. 2 SGG</u>) â $\square$  nicht erforderlich. Ihre Ansicht hat die KlÃxgerin bereits in der Berufungsbegründung und zuletzt mit Schreiben vom 29.01.2020 umfassend dargelegt. Eine nochmalige Wiederholung in einem Termin würde zu keinem Erkenntnisgewinn führen.

Gegenstand des Rechtsstreits ist der Bescheid vom 24.05.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.09.2018, mit dem die Beklagte fýr die Zeit vom 01.01.2012 bis 30.12.2015 in Bezug auf die Tätigkeit der Beigeladenen zu 1 bei der Klägerin Versicherungspflicht in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung und nach dem Recht der Arbeitslosenversicherung feststellte und entsprechende Beiträge und Umlagen nachforderte. Dem entsprechend ist die Anfechtungsklage die statthafte Klageart.

Das Sozialgericht hat diese Klage zu Recht abgewiesen. Denn die angefochtenen Bescheide sind rechtmĤÄ∏ig.

Rechtsgrundlage der angefochtenen Bescheide ist <u>§ 28p Abs. 1 Satz 1 und Satz 5</u> des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB IV). Danach prüfen die Träger der Rentenversicherung bei den Arbeitgebern, ob diese ihre Meldepflichten und ihre sonstigen Pflichten nach dem SGB IV, die im Zusammenhang mit den GesamtsozialversicherungsbeitrĤgen stehen, ordnungsgemĤÄ∏ erfļllen; sie prüfen insbesondere die Richtigkeit der Beitragszahlungen und der Meldungen (§ 28a SGB IV) mindestens alle vier Jahre (Satz 1). Die TrÄxger der Rentenversicherung erlassen nach Satz 5 dieser Vorschrift im Rahmen der Prüfung Verwaltungsakte (verkörpert im sog. Prüfbescheid, BSG, Urteil vom 16.12.2015, B 12 R 11/14 R) zur Versicherungspflicht und BeitragshĶhe in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung einschlieÃ∏lich der Widerspruchsbescheide gegenüber den Arbeitgebern; insoweit gelten <u>§ 28h Abs. 2 SGB IV</u> sowie <u>§ 93</u> i.V.m. <u>§ 89 Abs. 5</u> des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X) nicht. Mit dem letzten Halbsatz ist klargestellt, dass die ZustĤndigkeit der TrĤger der Rentenversicherung unabhÄxngig von den eigentlich nach § 28h Abs. 2 Satz 1 SGB <u>IV</u> für solche Feststellungen zuständigen Einzugsstellen besteht.

Die Beklagte war als Rentenversicherungstr $\tilde{A}$  $\alpha$ gerin auch zur  $\tilde{A}$  $\beta$ berwachung des Umlageverfahrens (sog. U1- und U2-Umlage) nach dem Gesetz  $\tilde{A}$  $\alpha$ 4ber den Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen f $\tilde{A}$  $\alpha$ 7 Entgeltfortzahlung (Aufwendungsausgleichsgesetz  $\hat{A}$  $\alpha$ 9 und zum Erlass eines entsprechenden Umlagebescheids befugt. Denn  $\hat{A}$  $\alpha$ 9 stellt die Beitr $\alpha$ 9 zum Ausgleichsverfahren insoweit den Beitr $\alpha$ 9 zur gesetzlichen Krankenversicherung gleich, die ihrerseits Teil des Gesamtsozialversicherungsbeitrags ( $\alpha$ 9 28d S 1 SGB IV) sind, der von der Beklagten im Rahmen einer Betriebspr $\alpha$ 9 geltend zu machen ist (vgl. zum Ganzen BSG, Urteil vom 26.09.2017, B 1 KR 31/16 R). Gleiches gilt seit dem 01.01.2009 in Bezug auf die Insolvenzgeldumlage. Nach  $\alpha$ 9 abs. 1 Satz 1 des Dritten Buches des Sozialgesetzbuches des Dritten Buches des Sozialgesetzbuches  $\alpha$ 9 des

Arbeitsfå¶rderung â∏ (SGB III) in der ab dem 01.01.2009 geltenden Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Unfallversicherung vom 30.10.2008 (BGBI I S. 2130) ist die Umlage zusammen mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag an die Einzugsstelle zu zahlen. Nach Satz 2 finden die få¼r den Gesamtsozialversicherungsbeitrag geltenden Vorschriften des SGB IV entsprechende Anwendung und damit wiederum å§ 28p Abs. 1 Satz 1 SGB IV mit seiner die Zustå¤ndigkeit der Trå¤ger der gesetzlichen Rentenversicherung begrå¼ndenden Wirkung.

Nach <u>§ 2 Abs. 2 Nr. 1 SGB IV</u> sind in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung nach Ma̸gabe der besonderen Vorschriften fù⁄₄r die einzelnen Versicherungszweige unter anderem Personen versicherungspflichtig, die gegen Arbeitsentgelt beschä¤ftigt sind. Entsprechende Regelungen (Versicherungspflicht von Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschĤftigt sind) finden sich fÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r die Arbeitslosenversicherung in § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III, für die gesetzliche Rentenversicherung in <u>§ 1 Satz 1 Nr. 1</u> des Sechsten Buches des Sozialgesetzbuches  $\hat{a} \square \square$  Gesetzliche Rentenversicherung  $\hat{a} \square \square$  (SGB VI),  $f\tilde{A}^{1}/4r$  die Krankenversicherung in <u>§ 5 Abs. 1 Nr. 1</u> des Fünften Buches des Sozialgesetzbuches â∏ Gesetzliche Krankenversicherung â∏ (SGB V) sowie in § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Elften Buches des Sozialgesetzbuches â∏ Soziale Pflegeversicherung â∏∏ (SGB XI) als akzessorische Regelung zur gesetzlichen Krankenversicherung (vgl. <u>§ 20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI</u>). Dabei liegt der Beitragsbemessung für den vom Arbeitgeber zu zahlenden Gesamtsozialversicherungsbeitrag gemäÃ∏ den <u>§Â§ 28d</u>, <u>28e SGB IV</u> das Arbeitsentgelt zu Grunde (§ 342 SGB III, § 226 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V, auf die Regelung im SGB V verweisend <u>§ 57 Abs. 1 SGB XI</u>, <u>§ 162 Nr. 1 SGB VI</u>).

Arbeitsentgelt sind gemäÃ∏ <u>§ 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV</u> alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus einer BeschÄxftigung (s. hierzu § 7 Abs. 1 SGB IV), gleichgültig, ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahmen besteht, unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form sie geleistet werden und ob sie unmittelbar aus der BeschĤftigung oder im Zusammenhang mit ihr erzielt werden. Für die Bestimmung des Arbeitsentgelts gilt im Rahmen der Beitragsbemessung grundsÃxtzlich das Entstehungsprinzip (BSG, Urteil vom 16.12.2015, <u>B 12 R 11/14 R</u> , auch zum Nachfolgenden). Das für die Sozialversicherung zentrale Entstehungsprinzip hat zum Inhalt, dass Versicherungspflicht und BeitragshĶhe bei dem BeschÄxftigten nach dem arbeitsrechtlich geschuldeten (etwa dem Betroffenen tariflich zustehenden) Arbeitsentgelt zu beurteilen sind â∏∏ was sich etwa bei untertariflicher Bezahlung auswirkt â∏ und nicht lediglich nach dem einkommensteuerrechtlich entscheidenden, dem BeschĤftigten tatsĤchlich zugeflossenen Entgelt. Zugleich ist es für die Beitragsbemessung unerheblich, ob der einmal entstandene Entgeltanspruch z.B. wegen tarifvertraglicher Verfallklauseln oder wegen VerjĤhrung vom Arbeitnehmer (mĶglicherweise) nicht mehr realisiert werden kann. Der Zufluss von Arbeitsentgelt ist få¼r das Beitragsrecht der Sozialversicherung nur entscheidend, soweit der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer mehr leistet als ihm unter Beachtung der gesetzlichen, tariflichen oder einzelvertraglichen Regelungen zusteht, d.h. dann, wenn ihm also über das geschuldete Arbeitsentgelt hinaus überobligatorische Zahlungen zugewandt

werden (zu den Ausnahmen s. u.a. BSG, Urteil vom 16.12.2015, <u>a.a.O.</u>).  $F\tilde{A}^{1}/_{4}r$  einen solchen Sachverhalt, der zur Anwendung des Zuflussprinzips  $f\tilde{A}^{1}/_{4}h$ ren  $w\tilde{A}^{1}/_{4}r$ de, bestehen vorliegend keine Anhaltspunkte.

Zu Recht legte die Beklagte die entsprechend der von der Beigeladenen zu 1 gestellten Rechnungen erfolgten Zahlungen der KlĤgerin an die Beigeladene zu 1 der Beitragsbemessung zu Grunde. Denn es handelte sich hierbei um Arbeitsentgelt im oben genannten Sinn, weil die Beigeladene zu 1 im streitigen Zeitraum BeschĤftigte der KlĤgerin und damit Versicherte war.

<u>§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGB IV</u> definiert den Begriff der Beschäftigung als nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Nach Satz 2 der Regelung sind Anhaltspunkte für eine Beschäftigung eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers.

Nach der stĤndigen Rechtsprechung des BSG (u.a. Urteil vom 11.11.2015, <u>B 12 R</u> 2/14 R, auch zum Nachfolgenden; zur VerfassungsmĤÃ∏igkeit der Abgrenzung zwischen Beschämftigung und selbststämndiger Tämtigkeit vgl. BVerfG, Beschluss vom 20.05.1996, <u>1 BvR 21/96</u>) setzt eine BeschĤftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persĶnlich abhĤngig ist. Bei einer BeschĤftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der BeschĤftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausfļhrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann eingeschrÄxnkt und zur "funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess" verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbststĤndige TĤtigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstÄxtte, die VerfļgungsmĶglichkeit ļber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TÄxtigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand abhängig beschäftigt oder selbstständig tätig ist, richtet sich, ausgehend von den genannten Umständen, nach dem Gesamtbild der TĤtigkeit und hĤngt davon ab, welche Merkmale ļberwiegen.

Ob eine wertende Zuordnung zum Typus der BeschĤftigung gerechtfertigt ist, ergibt sich aus dem VertragsverhĤltnis der Beteiligten, so wie es im Rahmen des rechtlich ZulĤssigen tatsĤchlich vollzogen worden ist. Zur Abgrenzung von BeschĤftigung und SelbststĤndigkeit ist somit regelmĤÄ□ig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen (BSG, Urteil vom 18.11.2015, B 12 KR 16/13 R, auch zum Nachfolgenden). MaÄ□gebend ist die Rechtsbeziehung so, wie sie praktiziert wird und die praktizierte Beziehung so, wie sie rechtlich zulĤssig ist (BSG, a.a.O.). Erst auf Grundlage der so getroffenen Feststellungen über den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des Rechtsverhältnisses zum Typus der Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit vorzunehmen und in einem weiteren Schritt zu prüfen, ob besondere Umstände vorliegen, die eine hiervon abweichende Beurteilung notwendig machen (BSG, Urteil vom 18.11.2015, a.a.O.).

Damit kommt es allein auf die Umstände des hier vorliegenden Einzelfalles an. Dem entsprechend kommt gerichtlichen Entscheidungen in anderen Fällen, da diesen andere Fallgestaltungen zu Grunde liegen, regelmäÃ□ig keine ausschlaggebende Bedeutung zu. Ebenso wenig ist die zu treffende Entscheidung â□□ abhängige oder selbstständige Tätigkeit â□□ anhand bestimmter Berufsoder Tätigkeitsbilder zu treffen (BSG, Urteil vom 24.03.2016, B 12 KR 20/14 R). Vielmehr kann ein und dieselbe Tätigkeitsart â□□ je nach konkreter Ausgestaltung der vertraglichen Grundlage in ihrer gelebten Praxis â□□ sowohl als abhängige Beschäftigung als auch als selbstständige Tätigkeit ausgeübt werden (BSG, a.a.O.). Dem entsprechend relativiert sich die Relevanz des Vortrages der Beteiligten zu allgemeinen Umständen bei der Ausübung der vorliegenden Tätigkeit ebenso wie die Relevanz der von den Beteiligten angeführten instanzgerichtlichen Rechtsprechung.

Unter Abwägung aller rechtlichen und tatsächlichen Umstände gelangt der Senat zu dem Ergebnis, dass die Beigeladene zu 1 im streitigen Zeitraum bei der Klägerin beschäftigt war.

Die im Tatbestand getroffenen Feststellungen zur TĤtigkeit der Beigeladenen zu 1 bei der KlĤgerin stehen zur Ä\[
\]berzeugung des Senats insbesondere auf Grund der Angaben der Beigeladenen zu 1 im Verwaltungs- und Klageverfahren sowie den Angaben des Gesch\[
\tilde{A}\]\[
\]after der Kl\[
\tilde{A}\]\[
\]gerin im Klageverfahren zu den tats\[
\tilde{A}\]\[
\]chen Verh\[
\tilde{A}\]\[
\]Itnissen fest. Diese Angaben stimmen \[
\tilde{A}\]\[
\]\[
\]berein, so dass der Senat keine Zweifel an deren Richtigkeit hat. Auch die \(
\tilde{A}\)\[
\]\[
\]brigen Beteiligten haben insoweit keine Bedenken ge\(
\tilde{A}\)\[
\]\[
\]

Zugunsten der KlĤgerin geht der Senat davon aus, dass die Partien des VertragsverhĤltnisses (die KlĤgerin und die Beigeladene zu 1) eine selbstĤndige TĤtigkeit der Beigeladenen zu 1 mļndlich vereinbarten. Denn die Beigeladene zu 1 trat gegenľber der KlĤgerin im Rahmen ihres angemeldeten Gewerbes auf und rechnete die erbrachten Leistungen wie eine SelbststĤndige ab, was seitens der KlĤgerin akzeptiert wurde, und ihr wurden von der KlĤgerin auch keine generellen Vorgaben in Bezug auf Ort und Zeit der TĤtigkeit gemacht.

Indessen liegen tatsächliche Umstände vor, die gegen diesen Willen und ýberwiegend fýr eine Beschäftigung sprechen. Diesbezýglich hat das Sozialgericht in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urteils zu Recht den fýr Beschäftigung sprechenden Umständen, nämlich den fýr eine Eingliederung in den Betrieb der Klägerin sprechenden Tatsachen, die ýberwiegende Bedeutung gegenüber den für selbständige Tätigkeit sprechenden Merkmalen beigemessen. Der Senat weist daher die Berufung insoweit gemäÃ § 153 Abs. 2 SGG aus den unter I. zusammengefassten GrÃ⅓nden der angefochtenen Entscheidung zurück und sieht insoweit von einer weiteren Darstellung ab.

Die EinwĤnde der KlĤgerin hiergegen greifen nicht durch.

Soweit die Klägerin sinngemäÃ□ behauptet, es habe sich immer um gesondert vereinbarte Einzeleinsätze gehandelt, hat die Beklagte in der Berufungserwiderung zutreffend darauf hingewiesen, dass die Beigeladene zu 1

fÃ $\frac{1}{4}$ r die KlÃ $\alpha$ gerin jahrelang ununterbrochen tÃ $\alpha$ tig war, was gegen die Annahme einzeln vereinbarter ArbeitseinsÃ $\alpha$ tze spricht. ErgÃ $\alpha$ nzend weist der Senat darauf hin, dass die Behauptung der KlÃ $\alpha$ gerin realitÃ $\alpha$ tsfremd erscheint. Da die Beigeladene zu 1 im Rahmen des gesamten BÃ $\alpha$ romanagements tÃ $\alpha$ tig war, insbesondere auch allgemeine Schreibarbeiten und allgemeine Kundenbetreuung, auch telefonisch, erbrachte, ist nicht darstellbar, wie fÃ $\alpha$ r eine derartige Vielzahl von TÃ $\alpha$ tigkeiten einzelne Vereinbarungen getroffen worden sein sollen. In Bezug auf die im Internet-Auftritt der KlÃ $\alpha$ gerin seitens der Beigeladenen zu 1 angebotene Hilfe bei Fragen zum BÃ $\alpha$ romanagement u.a. ist dies von vornherein auszuschlie $\alpha$ en, weil die Beigeladene zu 1 solche telefonischen Kundenanfragen  $\alpha$ en ihr umfangm $\alpha$ en als erheblich geschildert (BI. 56 RÃ $\alpha$ ekseite SG-Akte bezogen auf Anrufer: sie mache sehr viel Kundenkontakte telefonisch)  $\alpha$ en unmittelbar, also ohne RÃ $\alpha$ eksprache mit der Kl $\alpha$ egerin, zu beantworten hatte.

Dementsprechend, gerade weil die einzelnen Arbeiten nicht einzeln vereinbart wurden, vermag der Senat auch nicht von einzelnen WerkvertrĤgen mit einem entsprechend geschuldeten Erfolg auszugehen. Lediglich ergĤnzend weist der Senat darauf hin, dass die Art der von der KlĤgerin geleisteten Arbeiten die Annahme eines Werkvertrages auch nicht zulĤsst. Dies zeigt gerade die telefonische Kundenbetreuung. Vielmehr schuldete die KlĤgerin Dienste. Entsprechend war auch die Vergļtung nach geleisteten Stunden vereinbart, auch wenn Zahl der abrechenbaren Stunden fļr manche Verrichtungen aus abrechnungstechnischen Gründen (Wegfall der Kontrolle) in festen Zeitpauschalen vereinbart waren. Im Ä□brigen setzt sich die KlĤgerin mit ihrem Berufungsvorbringen in Widerspruch zu ihrer eigenen Argumentation im Widerspruchverfahren, wo sie ihren Widerspruch ausdrücklich mit dem Vorliegen eines Dienstvertrages begründet hat, und in Widerspruch zu ihrer Argumentation im Klageverfahren, wo sie ebenfalls ein Dienstverhältnis nicht in Zweifel gezogen und ausdrücklich bejaht hat.

Soweit die Klägerin den Jour fix montags relativieren möchte, indem sie eine bestehende Verpflichtung hierfür negiert, verkennt sie, dass die von der Klägerin und der Beigeladenen zu 1 übereinstimmend gelebten tatsächlichen Umstände die getroffenen mündlichen Vereinbarungen bestimmen.

Soweit die Klägerin behauptet, die Beigeladene zu 1 sei nicht zur persönlichen "Dienstleistung" (so die eigene Wortwahl in der Berufung) verpflichtet gewesen und hätte Drittpersonen einsetzen können, folgt ihr der Senat nicht. Fýr eine derartige Vereinbarung ist nichts ersichtlich. Vielmehr war â $\square$  wie sich aus der tatsächlichen Gestaltung und der Art der Tätigkeiten ergibt â $\square$  der personelle Einsatz der Beigeladenen zu 1 im Rahmen des Býromanagements für die Klägerin vereinbart. Da die Beigeladene zu 1 â $\square$  was der Klägerin bekannt war â $\square$  ýber keinerlei Mitarbeiter verfýgte, gingen die Vertragsparteien von einem persönlichen Arbeitseinsatz der Beigeladenen zu 1 aus. Sie erbrachte diese Dienste auch ausnahmslos persönlich.

Soweit die KlĤgerin eine wirtschaftliche AbhĤngigkeit der Beigeladenen zu 1 von der KlĤgerin bestreitet, kommt es hierauf nicht an (BSG, Urteil vom 04.06.2019, B

12 R 11/18 R). Soweit sie ein "ganz erhebliches Unternehmerrisiko" der Beigeladenen zu 1 behauptet und insoweit auf deren eigenes Büro verweist, vermag der Senat â∏ wie das Sozialgericht â∏ aus dem Vorhandensein eines Büros mit Einrichtung im Verhältnis zur Eingliederung in den Betrieb der KlĤgerin und der nachfolgend noch darzulegenden Weisungsunterworfenheit keinen wesentlich ins Gewicht fallenden Aspekt zu erkennen. Zum einen diente dieses Büro auch zur Auftragsabwicklung für andere Auftraggeber, wurde also gerade nicht allein für die Tätigkeiten bei der Klägerin eingesetzt. Zum anderen ist auch bei normalen Arbeitnehmern ein sog. Home-Office nicht ungewĶhnlich. Schlie̸ich ist weder erkennbar noch behauptet, dass dieses Büro der Beigeladenen zu 1 â∏∏ weder im Verhältnis zum vierjährigen streitigen Zeitraum und den erzielten Verdienst noch absolut â∏ nennenswerte Kosten verursachte. Im ̸brigen war die Beigeladene zu 1 ohnehin nicht auf ihr Bþro angewiesen. Sie hÃxtte die Arbeiten für die KlÃxgerin auch in den BetriebsrÃxumen der KlÃxgerin erbringen können. Insoweit hat der Geschäftsführer der Klägerin in seiner Anhörung durch das Sozialgericht angegeben, dass die Klägerin über einen "offenen Raum" verfüge, wo andere arbeiten könnten und wo die Beigeladene zu 1 auch tatsÃxchlich arbeitete.

Soweit die Klägerin zuletzt vorbringt, es sei nicht hinreichend berücksichtigt, dass die Beigeladene bei seit mehr als 20 Jahren selbstständiger Tätigkeit nicht plötzlich ein Teil der Arbeiten sozialversicherungspflichtig sein könnten, verkennt sie, dass die Frage des Vorliegens von Beschäftigung nicht an die sonstigen Tätigkeiten anknüpft, sondern an die in der konkret geprþften Tätigkeit bestehenden Umstände.

Soweit die KlĤgerin noch auf die Unterschiede zwischen klassischen Arbeitnehmern im Bürobereich und der Beigeladenen hinweist und dabei auf besondere Tätigkeiten der Beigeladenen wie Planen und Optimieren von Büroabläufen, mag zutreffen, dass dies nicht Aufgabe der klassischen Büroangestellten ist. Die Planung und Optimierung von Arbeitsabläufen wird aber vielfach gleichwohl von Angestellten vorgenommen. Im Ã□brigen ändert dieser von der Klägerin herausgegriffene Aufgabenbereich nichts an der vom Senat vorgenommenen Gesamtbetrachtung.

Ergänzend zu den Ausführungen des Sozialgerichts weist der Senat auf Folgendes hin:

Dadurch, dass zwischen der Beigeladenen zu 1 und der KlĤgerin ein DienstverhĤltnis auf Dauer vereinbart war, dessen konkreter Inhalt, also die jeweils zu erbringende Arbeitsleistung, im Zeitpunkt des Abschlusses des DienstverhĤltnisses weder vereinbart noch vorhersehbar war, erforderte die tatsĤchliche Umsetzung die konkrete Zuweisung bestimmter Verrichtungen seitens der KlĤgerin an die Beigeladene zu 1. Es mag sein, dass der Beigeladenen zu 1 keine konkreten Arbeitszeiten vorgegeben waren und sie â meigenen Bļro arbeiten konnte. Dies Ĥndert jedoch nichts daran, dass der Beigeladenen zu 1 die Art der anfallenden Arbeiten von der KlĤgerin zugewiesen wurde. So arbeitete sie

insbesondere dem Geschäftsführer der Klägerin zu, machte allgemeine Schreibarbeiten und war auf diese Art und Weise â∏ wie das Sozialgericht zutreffend dargelegt hat â∏ wie eine angestellte Sekretärin tätig. Dies räumt die Klägerin im Ã∏brigen in ihrer Klagebegründung selbst ein, wenn sie solche Vorgaben als einem Dienstverhältnis immanent bezeichnet. Die Klägerin hat selbst angegeben (Bl. 32 SG-Akte), sie habe festgelegt, welche Recherchen bei welchen Projekten in welchem räumlichen Bereich etc. durchgeführt werden sollten und skizziert, welcher zeitliche Rahmen bestehe. Soweit die Klägerin diese Wertung, all dies spreche für inhaltliche Weisungen und für Beschäftigung, als lebensfremd bezeichnet und einen Vergleich mit einem Dienstleister anstellt, dem auch vorgegeben werde, welche Aufträge durchgeführt werden sollen, verkennt sie, dass die Zuweisungen im vorliegenden Fall im Rahmen eines auf Dauer angelegten Dienstverhältnisses erfolgten und gerade nicht jede einzelne Aufgabe vereinbart wurde.

Die Behauptung der KlĤgerin im Berufungsverfahren, die Beigeladene zu 1 habe auch einzelne AuftrĤge abgelehnt, ist ohne Substanz geblieben, insbesondere hat die KlĤgerin kein einziges Beispiel angeführt. An diesem auf Dauer angelegten DienstverhÄxltnis mit der Notwendigkeit, die einzelnen Verrichtungen seitens der KIägerin zu konkretisieren, ändert der Umstand nichts, dass die KIägerin im Rahmen ihrer Büroorganisation auch eine fest angestellte Mitarbeiterin beschäftigte. Denn diese war â∏ wie vom Geschäftsführer der Klägerin gegenüber dem Sozialgericht dargestellt â∏∏ nur 16 Stunden wöchentlich tätig. Auch soweit die Klägerin nachfolgend im Klageverfahren eine Tägtigkeit der Ehefrau des GeschĤftsführers der Klägerin für die Klägerin behauptet hat, Ĥndert dies an den EinsĤtzen der Beigeladenen zu 1 nichts. Insbesondere vermag der Senat diesen Ausfļhrungen keinen substantiierten Tatsachenvortrag dafļr entnehmen, dass die Beigeladene zu 1 nur mit TÄxtigkeiten beauftragt worden sein soll, die üblicherweise nicht von angestellten Kräften, sondern von SelbststĤndigen erbracht werden. Denn in ihrer persĶnlichen AnhĶrung hat die Beigeladene zu 1 â∏ seitens des Geschäftsführers der Klägerin unwidersprochen â∏ dargelegt, dass sie "alles was im Büro anfalle" für die Klägerin mache.

Anders als die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{g}\)\end{erric} der Senat der Weisungsunterworfenheit der Beigeladenen zu 1 gegen\(\tilde{A}\)\(^1\)\dep der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)\end{erric} in Bezug auf die Art der T\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)\tilde{t}eiten und deren Eingliederung in den Betrieb der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{g}\)\end{erric} mit E-Mail-Adresse, Telefonzugang, Zusammenarbeit insbesondere mit dem Gesch\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{f}\)\(\tild

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG</u> in Verbindung mit <u>§ 154 Abs. 2</u> der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), in Bezug auf die Beigeladenen auf den <u>§Â§ 154 Abs. 2</u>, <u>163 Abs. 3 VwGO</u>.

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Erstellt am: 07.12.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024